

Anhang 1: Amtshilfe im Fahndungsbereich

Ausschreibungen in sämtlichen Fahndungsregistern (RIPOL, SIS etc.)

Rechtsgrundlage:

Zollgesetz vom 18.03.2005 (ZG; SR 631.0)

- Art. 100 Abs. 1 lit. d

Verordnung über das automatisierte Fahndungssystem vom 19.06.1995
(RIPOL-Verordnung; SR 172.213.61)

- Art. 3 Abs. 3 lit. a

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (SIS II) vom 20.12.2006

- Art. 24

Ratsbeschluss über den Betrieb von SIS II

- Art. 26
-

Erledigung:

- Vollzug der Ausschreibung
- Für die Zuführung und Inhaftierung ist die Kantonspolizei zuständig

Anhang 2: Aufenthaltsnachforschung

Aufhaltungsnachforschungen in sämtlichen Fahndungsregistern (RIPOL, SIS etc.)

Rechtsgrundlage:

Zollgesetz vom 18.03.2005 (ZG; SR 631.0)

- Art. 100 Abs. 1 lit. d

Verordnung über das automatisierte Fahndungssystem vom 19.06.1995
(RIPOL-Verordnung; SR 172.213.61)

- Art. 3 Abs. 3 lit. a

Ratsbeschluss über den Betrieb von SIS II

- Art. 32, 34, 36
-

Erledigung:

- Vollzug der Ausschreibung

Anhang 3: Fernhaltemassnahmen

Eröffnung, Vollzug und Ahndung bei Entfernungsmassnahmen

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 64, Art. 115 und Art. 119

Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0)

- Art. 291 und Art. 292

Verordnung über die Einreise und die Visumerteilung vom 22.10.2008 (VEV; SR 142.204)

- Art. 23 Abs. 4

Verordnung (EG) Nr. 1987/2006 (SIS II) vom 20.12.2006

- Art. 24

Fernhaltemassnahmen gemäss Ausschreibung

Erledigung:

- Eröffnung und / oder Vollzug von Fernhaltemassnahmen bzw. Einreiseverboten
- Ahndung von Widerhandlungen im Zusammenhang mit Entfernungsmassnahmen
- Eröffnung von Verfügungen in Absprache und im Auftrag des kantonalen Migrationsamtes
- Übergabe an die KAPO zwecks Weiterungen (wenn nötig)
- Verzeigung an die zuständige Behörde
- SIS: Vorgehen gemäss Leitfaden „SIRENE“

- Für die Zuführung und Inhaftierung ist die Kantonspolizei zuständig

Anhang 4: Eröffnung Einreiseverbot

Eröffnen von Fernhaltemassnahmen

Siehe Anhang 3

Anhang 5: Rechtswidrige Ein- und Ausreise, rechtswidriger Aufenthalt

Übertretungen und Vergehen gemäss AuG

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 115 und Art. 120
-

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Übergabe an KAPO zwecks Weiterungen (wenn nötig)
- Meldung an das kantonale Migrationsamt betr. Absprache über das weitere Vorgehen
- Personen, die innerhalb von sieben Tagen nach dem Grenzübertritt in der Schweiz aufgegriffen werden, können den deutschen Grenzbehörden sofort übergeben werden (siehe Anhang 10)

- Selbstständige Erledigung allfälliger vorläufiger Festnahme und Inhaftierung mit Info an EZ PKO und zuständige Ämter

Anhang 6: Schleppertätigkeit *(leichter Fall, Familiennachzug)*

Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise sowie des rechtswidrigen Aufenthalts

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 116
-

Erledigung:

- Übergabe an KAPO zwecks Weiterungen (wenn nötig) im Fall von Art. 116, Abs. 3 AuG
- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Meldung an das kantonale Migrationsamt betr. Absprache über das weitere Vorgehen
- Personen, die innerhalb von sieben Tagen nach dem Grenzübertritt in der Schweiz aufgegriffen werden, können den deutschen Grenzbehörden sofort übergeben werden (siehe Anhang 10)

- Selbstständige Erledigung allfälliger vorläufiger Festnahme und Inhaftierung mit Info an EZ PKO und zuständige Ämter

Anhang 7: Illegale Erwerbstätigkeit (Schwarzarbeit)

Stellenantritt ohne Bewilligung, Missachtung der Meldepflicht

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 115, Art. 117 und Art. 120

Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs vom 22.05.2002 (VEP; SR 142.203)

- Art. 32a i.V.m. Art. 9 Abs. 1bis

Erledigung:

- Übergabe an KAPO zwecks Weiterungen (wenn nötig) im Fall von Art. 116, Abs. 3 AuG
- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Meldung an das kantonale Migrationsamt betr. Absprache über das weitere Vorgehen
- Personen, die innerhalb von sieben Tagen nach dem Grenzübertritt in der Schweiz aufgegriffen werden, können den deutschen Grenzbehörden sofort übergeben werden (siehe Anhang 10)

- Selbstständige Erledigung allfälliger vorläufiger Festnahme und Inhaftierung mit Info an EZ PKO und zuständige Ämter

Anhang 8: Gefälschte, verfälschte oder nicht zustehende Ausweise

Fälschung von Ausweisen, Wertzeichen und Urkunden

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 115, Art. 118 und Art. 121

Strafgesetzbuch vom 21.12.1937 (StGB; SR 311.0)

- Art. 245, Art. 251 und Art. 252

Bundesgesetz über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen vom 19.03.2010 (NSAG; SR 741.71)

- Art. 14
-

Erledigung:

- Übergabe an KAPO zwecks Weiterungen (wenn nötig) im Fall von Art. 245, 251, 252 StGB
- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Meldung an das kantonale Migrationsamt betr. Absprache über das weitere Vorgehen

- Selbstständige Erledigung allfälliger vorläufiger Festnahme und Inhaftierung mit Info an EZ PKO und zuständige Ämter

Anhang 9: Ein- und Ausreise mit Ausweis N, F und S

Rechtswidrige Ein- und Ausreise

Rechtsgrundlage:

BG über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16.12.2005 (AuG; SR 142.20)

- Art. 115 und Art. 121

Schweizerisches Asylgesetz vom 26.06.1998 (AsylG; SR 142.31)

- Art. 10 Abs. 2

Asylverordnung 1 vom 11. August 1999 über Verfahrensregeln (AsylV 1; SR 142.311)

- Art. 8
-

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 10: Rücküberstellung/Rückübernahme von Personen

Rücküberstellung nach Deutschland nach rechtswidriger Einreise

Rechtsgrundlage:

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den Grenzübertritt von Personen im kleinen Grenzverkehr vom 21.05.1970 (SR 0.631.256.913.63)

- Art. 13

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Übernahme von Personen an der Grenze vom 25.10.1954 (SR 0.142.111.369)

- Abschnitt B, Ziff. 2

Erledigung:

- Personen, die innerhalb von sieben Tagen nach dem Grenzübertritt in der Schweiz aufgegriffen werden, können den deutschen Grenzbehörden sofort übergeben werden
- Übergabe der Personen an die zuständige ausländische Behörde
- Die Formalitäten richten sich nach den jeweiligen Umständen (werden vor Ort unter den betroffenen Behörden vereinbart)

Anhang 11: Vermögenswertabnahmen bei Asylsuchenden und Schutzbedürftigen ohne Aufenthaltsbewilligung

Abnahme von Geld und Vermögenswerten

Rechtsgrundlage:

Asylgesetz vom 26.06.1998 (AsylG; SR 142.31)

- Art. 87

Erledigung:

- Erledigung in eigener Kompetenz

Anhang 13: Ein- und Ausführen sowie Tragen von Waffen und Waffenbestandteilen (EZV)

Vergehen gegen das Waffengesetz

Rechtsgrundlage:

Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 13.12.1996 (KMG; SR 514.51)

Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter sowie besonderer militärischer Güter vom 13.12.1996 (GKG; SR 946.202)

BG über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 20. Juni 1997
(Waffengesetz, WG SR; 514.54)

- Art. 28a, Art. 33 und Art. 34
-

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Weiterleitung der Waffen gem. Absprache mit der Fachstelle SIWAS

- Werden Schusswaffen (Pistolen, Revolver etc.) sichergestellt, ist die abschliessende Erledigung durch das GWK mit der KAPO abzusprechen

Anhang 14: SVG; Fahren in angetrunkenem Zustand oder/und unter Drogeneinfluss (EZV)

Fahren in angetrunkenem Zustand oder/und unter Drogen-/Medikamenteneinfluss
Fahren unter Alkoholeinfluss

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 16a–c, Art. 31 Abs. 2, Art. 54, Art. 55, Art. 91, Art. 91a

Verkehrsregelverordnung vom 13.11.1962 (VRV; SR 741.11)

- Art. 2 Abs. 1, Art. 2a

Verordnung der Bundesversammlung über Blutalkoholgrenzwerte im Strassenverkehr vom 21.03.2003 (SR 741.13)

- Art. 1

Strassenverkehrskontrollverordnung (SKV) vom 28.03.2007 (SKV; SR 741.013)

- Art. 4, Art. 10-19, Art. 30-31

Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung vom 22.05.2008 (VSKV-ASTRA; 741.013.1)

- Art. 19-22, Art. 26

Die geltende Weisung der Oberstaatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft betreffend Massnahmen zur Feststellung der Fahruntfähigkeit (generelle Anordnung von Blut- und Urinproben)

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Erledigung gemäss den entsprechenden Dienstbefehlen der KAPO:
DB 069, DB 096, DB 098, DB 103, DB 184, DB 226
- Bei allen Fällen, für welche die generelle Anordnung von Blut- und Urinproben keine Anwendung findet (Bsp. Zwangsentnahmen), ist die KAPO beizuziehen

Anhang 15: SVG; Fahren ohne den erforderlichen CH-Führerausweis; Fahren ohne Führerausweis; Fahren trotz Entzug (EZV)

Führen von Motorfahrzeugen ohne Führerausweis, trotz Entzug oder abgelaufenem, ausländischem Führerausweis

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 10 Abs. 2, Art. 95

Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27.10.1976 (VZV; SR 741.51)

- Art. 42 Abs. 3bis, Art. 143 und Art. 147

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 16: SVG; Nichteinhalten der Arbeits- und Ruhezeitverordnung (EZV)

Nichteinhaltung der Arbeits- und Ruhezeitvorschriften

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen MotorfahrzeugführerInnen vom 19.06.1995 (ARV 1; SR 822.221)

- Art. 13, 14, 14a-c, 15, 18, 21 und 22

Ordnungsbussengesetz vom 24.06.1970 (OBG; SR 741.03)

Ordnungsbussenverordnung vom 04.03.1996 (OBV; SR 741.031)

Erledigung:

- Ordnungsbussenverfahren oder Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 17: Abgelaufene Kontrollschilder an Fahrzeugen mit prov. Immatriculation CH oder FL (EZV)

Widerhandlungen gegen SVG, VVV und VZV

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 10, Art. 96

Verkehrsversicherungsverordnung vom 20.11.1959 (VVV; SR 741.31)

- Art. 18 Abs. 1, Art. 44 Abs. 1, Art. 60

Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27.10.1976 (VZV; SR 741.51)

- Art. 147

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 18: Gefahrgut (EZV)

Rechtsgrundlage:

Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 29.11.2002 (SDR; SR 741.621)

- Art. 21

Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 30.09.1957 (ADR; SR 0.741.621)

Ordnungsbussengesetz vom 24.06.1970 (OBG; SR 741.03)

Ordnungsbussenverordnung vom 04.03.1996 (OBV; SR 741.031)

Erledigung:

- Ordnungsbussenverfahren oder Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 19: Sonntags- und Nachtfahrverbot (EZV)

Widerhandlungen gegen SVG und VRV

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 2 Abs. 2, Art. 96 Abs. 1

Verkehrsregelverordnung vom 13.11.1962 (VRV; SR 741.11)

- Art. 91, Art. 91a

Ordnungsbussengesetz vom 24.06.1970 (OBG; SR 741.03)

Ordnungsbussenverordnung vom 04.03.1996 (OBV; SR 741.031)

Erledigung:

- Ordnungsbussenverfahren oder Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 20: SVG; Übermasse und Übergewichte (EZV) **(Länge, Höhe, Breite, Gewicht)**

Überschreiten von Länge, Höhe, Breite, Gewicht etc.
Fahrzeuge in nicht vorschriftsgemäsem, nicht betriebssicherem Zustand

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 90, Art. 93 und Art. 96

Verkehrsregelverordnung vom 13.11.1962 (VRV; SR 741.11)

Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge vom 19.6.1995 (VTS; SR 741.41)

Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27.10.1976 (VZV; SR 741.51)

Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung vom 22.05.2008 (VSKV-ASTRA; 741.013.1)

- Art. 2, Art. 3, Art. 4, Art. 12-14, Art. 15, Art. 16

Ordnungsbussengesetz vom 24.06.1970 (OBG; SR 741.03)

Ordnungsbussenverordnung vom 04.03.1996 (OBV; SR 741.031)

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde
- Eine selbstständige Erledigung von weiteren Übertretungen sowie Vergehen nach Art. 93 SVG erfolgt in Ausnahmefällen nach Rücksprache mit der KAPO

Anhang 21: Radarwarngeräte (EZV)

Geräte und Vorrichtungen, die dazu bestimmt sind, die behördliche Kontrolle des Strassenverkehrs zu erschweren, zu stören oder unwirksam zu machen

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

- Art. 98a, Art. 99
-

Erledigung:

- Verzeigung an die zuständige Behörde

Anhang 22: Ordnungsbussen (EZV)

Rechtsgrundlage:

Strassenverkehrsgesetz vom 19.12.1958 (SVG; SR 741.01)

Ordnungsbussengesetz vom 24.06.1970 (OBG; SR 741.03)

Ordnungsbussenverordnung vom 04.03.1996 (OBV; SR 741.031)

Verkehrsregelverordnung vom 13.11.1962 (VRV; SR 741.11)

Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge vom 19.6.1995 (VTS; SR 741.41)

Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr vom 27.10.1976 (VZV; SR 741.51)

Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen MotorfahrzeugführerInnen vom 19.06.1995 (ARV 1; SR 822.221)

Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 29.11.2002 (SDR; SR 741.621)

Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Strasse vom 30.09.1957 (ADR; SR 0.741.621)

Verordnung über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen vom 24.08.2011 (NSAV; SR 741.711)

Erledigung:

- Ordnungsbussenverfahren
- Eine selbstständige Erledigung von Übertretungen nach Art. 90 Abs. 1 SVG sowie Vergehen nach Art. 90 Abs. 2 SVG erfolgt in Ausnahmefällen nach Rücksprache mit der KAPO
- Die Bearbeitung von schweren Widerhandlungen nach Art. 90 Abs. 3 und Art. 90 Abs. 4 SVG erfolgt ausschliesslich durch die KAPO